

# Gründlich

Mitteilungen der Grünen  
Marburg-Biedenkopf

CEM ÖZDEMİR UND  
SVEN GIEGOLD KOMMEN

# informiert

Januar 2009

# GRÜN



**ANGELA DORN**  
SOZIAL. ÖKOLOGISCH. JUNG.

JETZT ABER GRÜN!



**SANDRA LAAZ**  
NEUE ENERGIE FÜR GUTES KLIMA

JETZT ABER GRÜN!



## Keine Chance für Koch!

Die Hessischen Wählerinnen und Wähler haben vor einem Jahr mit deutlicher Mehrheit klargestellt, das mit Roland Koch kein Staat zu machen ist und dass er für seine verfehlte Landespolitik seinen Hut nehmen soll.

Es ist vor allem das politische Versagen der SPD, wenn dieser Wählerwille nicht umgesetzt wurde und Koch nun eine neue Chance erhält.

Die Koch-CDU in der Tradition von Dregger, Kanther und Co. bekommt die Chance, ihre katastrophale Bildungspolitik fortzusetzen mit den für hessische Kinder und Jugendliche im Vergleich zu anderen Bundesländern unzureichenden Bildungsbedingungen und den für Migrantenkinder schlechtesten Bildungsoptionen. Die Koch-CDU bekommt die Chance, weiterhin öffentliches Eigentum zu verschleudern und den Staatshaushalt in einem desaströsen Ausmaß zu verschulden.

Die Koch-CDU bekommt die Chance, eine Klimapolitik fortzusetzen, die Hessen bereits jetzt an das untere Ende aller Bundesländer geführt hat.

Die Koch-CDU bekommt die Chance, mit der Gesundheit der Hessen zu spielen, indem sie öffentliche Verantwortung an Private verkauft, wie das Klinikum der Universitäten Marburg und Giessen.

Die Koch-CDU bekommt die Chance, einen rückwärtsgewandten Straßenbau wie den der A 49 fortzusetzen, der Naturschutzgebiete gefährdet, Flächen versiegelt und die Menschen mit höheren Abgas- und Lärmwerten belastet. Die Koch-CDU bekommt die Chance, die ewig-Gestrigen mit ihrer fremdenfeindlichen Politik zu bezirzen.

Fortsetzung nächste Seite



# Gentechnik



**Fortsetzung:** Mit der nun anstehenden Neuwahl erhält die CDU in Hessen die Chance, ihre verfehlte Politik fortzusetzen.

Dass nun mit der Wahl am 18. Januar 2009 erneut darüber abgestimmt werden soll, ist eigentlich eine Zumutung für die Wählerinnen und Wähler. Viele werden nach den Erfahrungen der letzten Monate bezweifeln, ob es dieses Mal gelingen kann, eine Abkehr von der bisherigen Politik zu erreichen.

**Und dennoch ist diese Wahl die einzige Chance, diese Abkehr durchzusetzen.**

**DIE GRÜNEN** haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie verlässlich zu ihren politischen Aussagen stehen. Wir stehen dafür, die rückwärtsgerandete Politik der CDU und der FDP abzulösen

- durch verbesserten Klimaschutz,
- durch mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit in der Bildung
- und durch die nachhaltige Entwicklung öffentlicher Finanzen, die auch unseren Kindern noch gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten gibt.

## Atomkraft ist ...

### ... ein Klimakiller

Die Behauptung, Atomkraft sei eine CO<sub>2</sub>-freie und damit klimafreundliche Technologie, ist falsch. Ein AKW verursacht deutlich mehr CO<sub>2</sub> als Windkraft oder moderne Gaskraftwerke mit Wärmenutzung. Außerdem werden 70 Prozent der erzeugten Energie völlig nutzlos als Wärme in die Umwelt und in die Flüsse ‚entsorgt‘, weil von der in AKWs produzierten Energie nur der Strom genutzt wird – wie übrigens bei fast allen Großkraftwerken.

### ... teuer

Es wird behauptet, Atomstrom sei billig. Wer das behauptet ignoriert, dass in AKWs ungeheure Summen an aktuellen und zukünftigen öffentlichen Mitteln fließen. Wahr ist, dass die enormen Investitionskosten der AKWs (fünfmal so viel wie Gaskraftwerke) in hohem Maße subventioniert werden, die Konzerne nicht für die Kosten der (immer noch ungelösten) Endlagerung aufkommen, ihre Haftpflichtversicherungen nicht den berechneten Risiken entsprechen und ihnen so von Staats wegen sehr hohe Gewinne möglich gemacht werden.

### ... entbehrlich

Die Behauptung, ohne AKWs gebe es eine Stromlücke, ist eine Erfindung der Konzerne. Schon heute wird in Deutschland weit mehr Strom erzeugt als verbraucht. Schon heute kommen aus den AKWs in Deutschland gerade einmal 6,2 % des Gesamtenergieverbrauchs bei bereits 8 % aus erneuerbaren Energien. Das Bundesumweltamt hat für den Zeitraum bis 2020 errechnet, dass es keinen Engpass gibt, wenn der Atomausstieg umgesetzt wird und es auch keine weiteren als die bisher im Bau befindlichen Kohlekraftwerke gibt.

### ... lebensgefährlich

Das hat sogar die CDU erkannt, die jüngst beschloss, keine neuen AKWs mehr zu bauen. Die Abschaltung der bestehenden wäre konsequent, denn je älter die Reaktoren, desto größer das Risiko. Welche Zeitbombe hier tickt, lässt sich auch daran ablesen, dass es bisher weltweit nicht möglich ist, die Abfälle dieser Reaktoren sicher endzulagern. Deshalb war es gestern, ist heute und wird morgen richtig sein: Atomkraft nein danke!

# – nein danke!

Im letzten Frühjahr wollte die Universität Gießen im Ebsdorfergrund gentechnisch veränderten Mais anbauen. Diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Die BürgerInnen haben mit massiven Protesten den Plänen der CDU-Landesregierung einen Riegel vorgeschoben. Durch die Aktionen der Bevölkerung wurde deutlich, dass das Interesse an einer intakten Umwelt nicht länger ignoriert werden kann. **DIE GRÜNEN** haben gemeinsam mit einem breiten politischen Bündnis von der Uni Giessen gefordert, auf den Anbau von Genmais zu verzichten. Das hat sie auch getan – dieses Mal. Wir sind allerdings nicht sicher, ob in den nächsten Jahren nicht ein erneuter Versuch unternommen wird, gentechnisch veränderte Pflanzen in unserem Landkreis auszusäen.

Das darf nicht sein: Es würde unsere Landwirte und die Imker in der Region unmittelbar in ihrer Existenz bedrohen. Vor allem für die Imkereien droht ein nicht absehbarer Schaden,

wenn Honig gentechnisch verunreinigt wird. Außerdem sind die langfristigen Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen auf Bienen bis heute ungeklärt.

Hier müssen wir und wollen wir handeln: In Europa haben sich mittlerweile mehr als 230 Regionen, über 4.200 Gemeinden und andere lokale Vereinigungen sowie zehntausende von Bauern und Lebensmittelhersteller zur Gentechnikfreiheit bekannt. Sie schließen entschieden und bewusst den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen aus. Griechenland ist komplett GVO-frei. In ganz Polen ist der Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel verboten worden. Aber hier in Hessen halten CDU und FDP nach wie vor an dieser gefährlichen und von der Bevölkerung nicht gewünschten Wahnsinnstechnologie fest.

Auch Hessen muss endlich eine komplett gentechnikfreie Region werden. Das wird nur mit uns **GRÜNEN** gelingen. *Sandra Laaz*

## Das Recht auf Bildung ernst nehmen –

### Die CDU-Bildungskatastrophe beenden

Wie in den Jahren zuvor attestiert die OECD Deutschland einen drohenden Akademiker- und Fachkräftemangel und kritisiert vor allem die niedrigen Bildungsausgaben (5,1% des BIP in der BRD vs. 6,1 im OECD-Durchschnitt). Gleichzeitig ist die Bundesrepublik einsame Spitze bei der frühen Selektion von SchülerInnen. In keinem vergleichbaren Industrieland wird einer viel zu großen Zahl von Kindern der Weg zu einer guten Bildung versperrt. Und in keinem anderen Flächenland Deutschlands ist die Bildungssituation so katastrophal, wie in Hessen, und zwar auf allen Ebenen des Bildungssystems

Gäbe es nicht die massiven Anstrengungen der Stadt Marburg, wäre die Kinderbetreuung vor Ort vor allem der unter 3-Jährigen auf dem jämmerlichen Niveau der CDU-Landespolitik. Der seit 10 Jahren regierenden CDU ist es auch zu verdanken, dass die Bildungschancen der Grundschüler weit unter dem Durchschnitt liegen: Hessische Viertklässler haben beim Les- und Mathematiktest nur Platz 13 erreicht. Hes-

sen ist das einzige Land, das 2006 schlechter abschneidet als 2001. Die Lesekompetenz der hessischen Migrantenkinder ist die niedrigste in Deutschland. Auch bei den späteren Schulphasen hat sich Hessen nicht mit Ruhm bekleckert, das haben die kürzlich veröffentlichten PISA-Ergebnisse gezeigt. Kurz – 10 Jahre CDU-Bildungspolitik haben ein Desaster in den Schulen hinterlassen.

An den Hochschulen ist es nicht besser. Die wenigen, die sich immer noch zu einem Hochschulabschluss hinauf hangeln, stehen seit der Einführung von Bachelor und Master vor einer weiteren Selektionsstufe: Obwohl fast 80 Prozent der Bachelor-Studierenden einen Master für ihre Berufsaussichten als nützlicher ansehen, wird nur für rund ein Viertel der Studierenden diese Möglichkeit angeboten. Abgesehen von Überschneidungen der Studienordnungen steht die vorgesehene Regelstudienzeit im Widerspruch dazu, dass viele Studierende für ihren Lebensunterhalt neben ihrem Studium arbeiten müssen. *Angela Dorn*

**Unsere  
Direktkandidatinnen  
für den  
Hessischen Landtag**



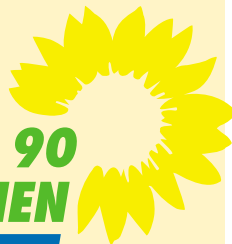
**Sandra Laaz**, Listenplatz 25



**Angela Dorn**, Listenplatz 13

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**MARBURG-BIEDENKOPF**



## **Kinder und Jugendliche in Hessen haben Anspruch auf eine bessere Bildungspolitik:**

- Wir wollen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz mit altersgemäßen Entwicklungs- und Bildungsangeboten sichern, denn dies ist die Zeit, in der Kinder am meisten lernen.
- Wir wollen die einseitige Ausrichtung der Schulpolitik auf die Auslese im dreigliedrigen Schulsystem beenden und echte Wahlfreiheit schaffen. Hessen hat gezeigt, dass sich Schulreformen nicht von oben verordnen lassen, weder mit der Brechstange noch mit knappen parlamentarischen Mehrheiten. Wer in Hessen eine Schule nach finnischem Vorbild – 8 Jahre gemeinsames Lernen – besuchen möchte, für den soll es diese Möglichkeit geben. Wir setzen auf eine Vielfalt der Schulen.
- Wir **GRÜNE** haben wesentlich an der Abschaffung der Studiengebühren mitgewirkt. Das reicht nicht aus. Wir müssen zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung neben BaföG kommen, die von der Selbstständigkeit junger Menschen ausgeht.
- Die Ausstattung der Universitäten muss verbessert werden, damit ausreichende Studienplätze zur Verfügung stehen und das Qualitätsniveau der Studienbedingungen, der Lehre und der Forschung den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen entsprechend gesteigert werden kann.

## **Impressum**

**V.i.S.d.P.:**

**Bündnis 90/Die Grünen**

Kreisverband Marburg Biedenkopf

**SprecherIn des Kreisverbandes**

Dr. Christa Perabo

und Matthias Knoche;

**Geschäftsführer** Max Langenbrinck

Frankfurter Straße 46

35037 Marburg

**Gestaltung** EigenArt – Neutze/Rudolph

**Druck**

Druckhaus Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier

aus 100% Altpapier



# GRÜNER Start in's neue Jahr

## Cem Özdemir

**Sonntag, den 11. Januar 2009, 18:00 Uhr**  
**TTZ Technologie- und Tagungszentrum**  
**Softwarecenter 3 in Marburg**

Das Wahljahr 2009 entscheidet nicht nur über die Zukunft in Hessen. Auch im Bund und in Europa werden mit Wahlen wichtige Weichen gestellt.

Cem Özdemir ist Bundesvorsitzender der **GRÜNEN** und Abgeordneter des Europäischen Parlaments (**DIE GRÜNEN**/Freie Europäische Allianz).



## Sven Giegold

**Montag, den 12. Januar 2009, 19:30 Uhr**  
**KFZ Kultur- und Freizeitzentrum**  
**Schulstraße 6 in Marburg**

Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen eines deregulierten Marktes und nach den Herausforderungen, die wir angesichts der Globalisierung, der klimatischen Veränderungen und der Verknappung fossiler Energieträger bewältigen müssen.

Sven Giegold gehörte 2000 zu den Gründern von Attac-Deutschland. 2008 trat er den **GRÜNEN** bei und bewirbt sich um eine Kandidatur für das Europaparlament.



# Die CDU zerstört das Klima

## Finanzmärkte müssen kontrolliert werden

Hessen ist von der Finanzkrise durch das Finanzzentrum Frankfurt in besonderer Weise betroffen. Die Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Liberalisierungspolitik, die zwar die Finanzströme globalisiert, den Weltmärkten jedoch keine ökologischen und sozialen Grenzen gesetzt hat

**Unter dem Deckmantel der Finanzkrise wird nun weiter Raubbau am Klima betrieben.**

Die Merkel-CDU hat sich in Brüssel als knallharte Industrie- und Autolobbyistin entlarvt und setzt dabei auf Industriepolitik von vorgestern. Von dem regulierenden Emissionshandel ist auch dank der Merkel-CDU nur noch ein trauriges Gerippe geblieben. Die Bundesregierung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrien durchgesetzt wurden.

Der kurzfristige Kurs der Merkel-CDU gefährdet die Zukunft der Wirtschaft in Deutschland und in Europa. Nur wer jetzt konsequent in Richtung Klimaschutz umsteuert, wird in Zu-

kunft die Nase vorne haben, Jobs schaffen und Jobs sichern. Das macht uns jetzt Obama vor. Statt das Klima zu zerstören, müssen den Finanzmärkten klare Regeln gesetzt werden:

- Die Finanzmärkte müssen transparent gestaltet und wirksam kontrolliert werden.
- Die Haftung der Banken und Finanzmarkt-Akteure muss verbessert werden.
- Die nationale Finanzmarktaufsicht (BaFin) und die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität muss vollständig nach Frankfurt.
- Spekulationen an den Finanzmärkten sind durch eine Umsatzsteuer auf Wertpapier- und Devisengeschäfte zu erschweren.

Wir wollen eine neue Finanzmarktverfassung mit den Kernpunkten Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit und Stabilität.

Das Land Hessen als europäischer Finanzplatz muss an nationalen und internationalen Maßnahmen beim Kampf gegen Steueroasen mitwirken.